

Pressemitteilung

Pflanzenschutz im Zeichen des Green Deals

Familienbetriebe Land und Forst fordern praxisgerechte Regelungen statt pauschaler Verbote

Berlin, 28.09.2023. „Unsere Landwirte stehen dazu, weiterhin den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren, das liegt in ihrem ureigenen Interesse. Doch der Weg über Totalverbote für Landwirte in Schutzgebieten ist falsch und kommt für die Betroffenen einem Berufsverbot gleich!“, betonte Max v. Elverfeldt, der Vorsitzende der Familienbetriebe Land und Forst, anlässlich eines Diskussionsabends zum Thema „Pflanzenschutz im Zeichen des Green Deals“ am 27. September in Berlin.

Gemeinsam mit rund 120 Vertretern aus Verbänden, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik wurde diskutiert, wie sich die ambitionierten Reduktionsziele der EU bei dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erreichen lassen und ob es klügere Modelle als pauschale Verbote gibt. Key-Note-Speaker Hubertus Paetow, Präsident der DLG, betonte, dass Land- und Forstwirte das Konzept der Nachhaltigkeit seit Generationen in ihren Betrieben leben und danach wirtschaften. Größtes Ziel sei es, den Grund und Boden gesund an die nächste Generation zu übergeben. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion debattierten die Landwirtin und Influencerin Marie Hoffmann, Winzer und VDP-Vorstandsmitglied Joachim Heger, Prof. Dr. Kerkhof von der Fachhochschule Südwestfalen und Konstantin Kreiser vom NABU darüber, wie Pflanzen- und Biodiversitätsschutz zusammen gehen können. Die Vertreter der Praxis waren sich einig: Der integrierte Pflanzenschutz ist ein wichtiger Beitrag, um bodenschonend zu wirtschaften, dabei die Artenvielfalt zu erhöhen und gleichzeitig Erträge zu erzielen, die eine Versorgung mit hochwertigen regionalen Lebensmitteln ermöglichen.

Im Anschluss an die Diskussion nahmen die Bundestagsabgeordneten Dr. Franziska Kersten (SPD) (per Videostatement), Albert Stegemann (CDU), Karl Bär (Bündnis 90/Die Grünen) und Gero Hocker (FDP) die Chance wahr zu erläutern, wie sie sich Pflanzenschutz zukünftig vorstellen und wofür sich ihre Parteien einsetzen. Bei aller Unterschiedlichkeit in den politischen Lösungsansätzen wurde deutlich, dass die Forderungen der Familienbetriebe Land und Forst das Bewusstsein in der Politik geschärft und die Zielkonflikte verdeutlicht haben.

Elverfeldt wies abschließend daraufhin, dass ein faktisches Bewirtschaftungsverbot den Wert der betroffenen Flächen signifikant senke und zu engen Fruchtfolgen führe, da der Anbau von Raps, Rüben und Kartoffeln ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht wirtschaftlich darstellbar sei. Er appellierte an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, sich an die Worte ihrer jüngsten Rede über den Zustand der Union zu erinnern: Alle EU-Gesetze sollen auf ihren Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit bewertet werden. Elverfeldt: „Dies muss auch und besonders für die SUR gelten, deren praxisgerechte Ausgestaltung die Basis für eine zukunfts- und konkurrenzfähige Landwirtschaft in der EU bilden muss.“

Unterstützt wurde die Veranstaltung freundlicherweise von der landwirtschaftlichen Rentenbank.

Die Familienbetriebe Land und Forst sind ein freiwilliger Zusammenschluss von Eigentümern, die mit ihren Betrieben für gut 50.000 Unternehmer, Mitarbeiter und Familienmitglieder stehen. Unsere Mitgliedsbetriebe tragen Verantwortung für rund 5 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Fläche in Deutschland. Sie bewirtschaften ihre Flächen nachhaltig und denken in Generationen. Unser Ziel ist es, Mehrwert für unsere Gesellschaft zu schaffen und das Bewusstsein für die Anliegen von familiengeführten land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu stärken. Der Verband setzt sich daher für den Schutz des privaten Eigentums und die Stärkung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum ein. Im ständigen Dialog mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit engagieren sich die Familienbetriebe Land und Forst für eine verantwortungsvolle und generationsgerechte Politik.

Pressekontakt: Franziska Strasoldo-Graffemberg, Leiterin Kommunikation, Familienbetriebe Land und Forst e.V.,
Tel.: 030 -246 30 46 11, f.strasoldo@fablf.de